

Armenien und die Östliche Partnerschaft

VON ELMAR BROK

Plötzliche Wende

Die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit der Europäischen Union hätte für Armenien zum Thessaloniki-Moment werden können. Diese Analogie bezieht sich auf den Gipfel zwischen der EU und

Perspektive einen großen Zuspruch. Bereits vor dem Vilnius-Gipfel begann Russland jedoch, seinen Druck gegenüber all denen zu erhöhen, die Ambitionen zur Annäherung an die EU zeigten. Einfuhrverbote und überhöhte Energiepreise waren hierbei nur wenige der Mittel, die die Staaten zum Umdenken zwangen. Während Georgien und Moldawien dem Druck Russlands standhal-

Übergangs in die Marktwirtschaft sowie die Förderung des armenischen Handels. Im Jahre 2001 wurde Armenien Mitglied im Europarat und seit 2004 ist das Land Teil der Europäischen Nachbarschaftspolitik, die die bestehenden politischen Beziehungen ergänzt und die wirtschaftliche Integration der Staaten vertieft. Wirtschaftlich hat sich Armenien seither klar der EU zugewandt. Das Land exportiert heute etwa ein Drittel seiner Güter in die EU, nach Russland hingegen nur ein Fünftel. Im Jahre 2009 wurden die Beziehungen Armeniens zur EU weiter ausgebaut, als das Land 2009 zusammen mit den fünf ehemaligen Sowjetrepubliken Aserbaidschan, Georgien, Moldawien, Ukraine und Weißrussland Mitglied der Östlichen Partnerschaft wurde. Dabei wurden neben individuellen Aktionsplänen mit einem Fokus auf Demokratisierung, Korruptionsbekämpfung und Stärkung der Zivilgesellschaft auch Verhandlungen für Assoziierungsabkommen aufgenommen, das mit seinen wirtschaftlichen und handelspolitischen Komponenten eine Angleichung von rechtlichen und wirtschaftlichen Standards vorsieht. Es war vorgesehen, das mit Armenien jahrelang ausgehandelte Abkommen im vergangenen November zu paraphieren, nachdem der Staat insbesondere in der ersten Jahreshälfte 2013 durch eine verbesserte Medienlandschaft, freiere Wahlen und ein anhaltendes Wirtschaftswachstum Reformbereitschaft und damit den Willen zur Erfüllung der Voraussetzungen für das Assoziierungsabkommen zeigte.

Vor dem Hintergrund dieser positiven Entwicklungen und des proeuropäischen Kurses Armeniens ist die plötzliche Ankündigung der Absicht, der russischen Zollunion beizutreten umso überraschender, da Sargsyan wusste, dass die Beitrittsbedingungen zum Assoziierungsabkommen damit formell nicht mehr erfüllt sind. Sargsyan begründet die Entscheidung mit Armeniens strategischer Partnerschaft mit seinen eurasischen Verbündeten: Armenien müsse sich als Mitglied in der, ebenfalls durch Russland präsierten, Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) auch ökonomisch an dessen Mitgliedsstaaten binden. Das Land ist militärisch und wirtschaftlich stark von Russland abhängig und angesichts mangelnder diplomatischer Beziehungen mit Aserbaidschan und der Türkei gibt es keinen offiziellen Handelsaustausch mit den beiden Nachbarn. Dank des immer



Jerewan, 12. September 2013: Štefan Füle & Präsident Sargsyan wenige Tage nach der Entscheidung vom 3. September © EU-Kommission

den Westlichen Balkanstaaten im Jahre 2003 in Thessaloniki, der diesen Staaten die europäische Perspektive eröffnete und ihnen seither den Weg zur Annäherung an die EU ebnete.

Das Abkommen zwischen der EU und Armenien galt bereits vor dem Vilnius-Gipfel im November 2013 als ausverhandelt, zur Unterzeichnung bereit auf dem Tisch. Im September jedoch nahm der europäische Kurs Armeniens eine unerwartete Wende, als der armenische Präsident Serge Sargsyan nur wenige Tage nach seinem Besuch in Moskau bekannt gab, Armenien werde der von Russland präsierten Zollunion beitreten, der auch schon Belarus und Kasachstan angehören und das Assoziierungsabkommen mit der EU infolge dessen nicht unterzeichnen. Zuvor wurden dem Land neben Moldau und Georgien unter den sechs Kandidaten die besten Karten für eine Vertiefte Zusammenarbeit mit der EU zugesprochen. Wirtschaftlich und sozial glänzte das Land durch einen stabilen Reformkurs und auch bei der Bevölkerung fand die europäische

ten konnten und das Assoziierungsabkommen paraphierten, musste Armenien nachgeben und demonstriert damit den nach wie vor überwältigenden Einfluss Russlands, das mit sicherheitspolitischen Konsequenzen gedroht hatte, auf die ehemaligen Sowjetstaaten.

Armenien zwischen Russland und der EU

Seit Armenien seine Unabhängigkeit im Jahre 1991 wiedererlangt hatte, haben die politischen Entscheidungsträger des Landes versucht, trotz des komplexen geopolitischen Kontexts eine ausgewogene außenpolitische Linie zwischen Russland einerseits und der Europäischen Union andererseits zu fahren. Die Beziehungen zur EU hat Armenien im Jahre 1999 formiert, indem das Abkommen zur Partnerschaft und Kooperation geschlossen wurde. Ziele dieses Abkommens waren neben der demokratischen Konsolidierung der jungen Demokratie auch die Begleitung deren

noch hohen Öleinkommens übertrifft Aserbaidschan das verfeindete Nachbarland Armenien ökonomisch und militärisch und zwingt Armenien damit, sich an Russland zu binden. Russland tritt aus Armeniens Sicht nämlich als Garant für Sicherheit und liefert Unterstützung im „eingefrorenen“ Berg-Karabach-Konflikt: Solange die zurzeit etwa 5.000 russischen Soldaten in Armenien stationiert sind, ist eine von Seiten Aserbaidschans seit Jahren angedrohte militärische Intervention in Karabach unwahrscheinlich. Dass Russland auch Waffen nach Aserbaidschan liefert, um die gesamte Südkaukasus-Region von sich abhängig zu machen, bleibt dabei meistens unerwähnt.

Viele Beobachter sehen in der Abwendung Armeniens von der EU einen Beweis für die Fremdbestimmung Jerewans durch Moskau. Bereits in den letzten Jahren hat Russland seinen Kurs gegenüber den ehemaligen Sowjetstaaten im Zuge ihres zunehmend europäischen Kurses deutlich verhärtet. Dabei schreckte Putin vor keinem Druckmittel zurück, um die potenziellen Unterzeichner der Assoziierungsabkommen mit der EU zum Umdenken zu bewegen: Erhöhung von Gaspreisen und Zolltarifen, Drohung mit Grenzkontrollen für Bürger einschließlich einer Visumpflicht sowie Einfuhrbeschränkung für bestimmte Waren, was angesichts der Bedeutung des russischen Marktes für einige dieser Länder die schmerzvollste Maßnahme darstellt. So hatte der Gasversorger Gazprom, alleiniger Lieferant von Gas im Drei-Millionen-Einwohnerstaat Armenien, im Juli 2013 seine Preise von 245 auf 300 EUR pro tausend Kubikmeter erhöht. Verteuerungen von Dienstleistungen und Lebensmitteln waren die Folge. Für Armenien eine wirtschaftliche Katastrophe. Eine 50-prozentige Erhöhung von Fahrpreisen für öffentliche Verkehrsmittel in der Hauptstadt Jerewan musste nach Protesten der Bevölkerung wieder zurückgenommen werden. Nach seiner Zusage des Beitritts zur Zollunion hingegen wurde Armenien für die Loyalität zu Moskau mit preiswerten Rohstoff- und Waffenlieferungen belohnt. All das gehört zu einer skrupellosen Strategie Russlands, den post-sowjetischen Raum wieder zu integrieren, was sich bereits bei Putins Rede vor der Duma im Jahre 2005 abzeichnete, als er sagte, dass „der Zusammenbruch der Sowjetunion die größte politische Katastrophe des 20. Jahrhunderts“ sei. Experten gehen davon aus, dass das Beispiel Armeniens den übrigen Staaten der Östlichen Partnerschaft warnend vor Augen führen sollte, welchen Preis eine

Annäherung an die EU haben kann. Putin wusste wohl genau, dass Armeniens in verschiedene Richtungen weisende Außenpolitik angesichts des russischen Drucks früher oder später auf ihre Grenzen stoßen würde und musste leider Recht behalten.

Konsequenzen aus Armeniens Entscheidung

Der plötzliche Seitenwechsel Armeniens wird das Land vor signifikante Herausforderungen stellen. Armenien hat sich durch die Zustimmung zum Beitritt zur Zollunion in eine tiefe wirtschaftliche und politische Abhängigkeit von Russland begeben, wodurch Armenien Gefahr läuft, zu nicht mehr als einem Anhängsel Russlands zu werden und sich selbst damit außenpolitisch zu isolieren. Gleichzeitig ist die strategische Partnerschaft mit Russland von fehlender Parität geprägt, da Armenien dieser bislang nur wenig abgewinnen konnte. Obwohl die Beziehung zu Russland für Armenien mit Blick auf den Konflikt mit Aserbaidschan vor



Elmar Brok

allem aus sicherheitspolitischen Gründen langfristig betrachtet essentiell erscheinen mag, wird die Asymmetrie der wirtschaftlichen Beziehung immer deutlicher. Bereits im Jahre 2003 wurde ein fragwürdiges Abkommen zwischen Armenien und Russland geschlossen, wodurch Russland die Kontrolle über mehrere Schlüsselsektoren der armenischen Wirtschaft gewann, darunter auch über den Energiesektor des Landes und damit über sein einziges Atomkraftwerk. Vor kurzem hat Russland seine wirtschaftliche Überlegenheit zudem durch die Übernahme weiterer Teile des armenischen Eisenbahnnetzes sowie eines wesentlichen Anteils im Bergbausektor bewiesen. Gleichzeitig besteht für Armenien die Gefahr einer Abwendung vom Kurs demokratischer und rechtstaatlicher Reformen, denn anders als das Assoziierungsabkommen verlangt die

Zollunion keine demokratischen Standards.

Einen weiteren Fall wie die Ukraine darf es nicht geben

Erste Reaktionen auf den geplanten Beitritt zur Zollunion folgten schon kurz nach deren Ankündigung am 4. September, als in Jerewan mehrere Demonstranten bei Protesten gegen das geplante Vorhaben festgenommen wurden. Eine große Mehrheit der armenischen Bürger, fast 65 Prozent, befürwortet eine Annäherung zur EU, die meisten davon junge Menschen, die in der EU eine berufliche Perspektive sehen. Die EU wird sich nach der Entscheidung keinesfalls von Armenien abwenden – im Gegenteil: Angesichts der aktuellen Entwicklungen in der Ukraine als Folge der russischen Willkür wird die EU die Folgen des Beitritts Armeniens zur Zollunion genau beobachten. Auch seitens der armenischen Regierung, so Präsident Sargsyan, sei eine Annäherung an die EU fester Bestandteil von Armeniens außenpolitischer Agenda, hieran habe sich auch nach dem Staatsbesuch in Moskau nichts geändert. Die Herausforderung besteht nun darin, die Beziehung zu Armenien und seiner Position in der Östlichen Partnerschaft für die künftige Zusammenarbeit neu zu definieren.

Auch wenn es augenscheinlich die souveräne Entscheidung Armeniens ist, der Zollunion beizutreten, so ist doch offensichtlich, dass Russland seinen Nachbarstaat auf manipulative Art und Weise durch wirtschaftliche und politische Druckmittel in seine Einflussphäre gezogen hat. Dieses Vorgehen ist nicht weniger völkerrechtswidrig als der militärische Einmarsch in die Ukraine, der durch die internationale Gemeinschaft nicht ungestraft bleiben darf. Gemäß der Schlussakte von Helsinki wird jedem Staat seine souveräne Selbstbestimmung garantiert. Daher obliegt es allein dem Volk des Landes, darüber zu entscheiden, welche geopolitische Ausrichtung das Land wählt und welchen internationalen Übereinkommen es sich anschließen möchte. Die EU unterstützt die nach Demokratie strebenden Staaten in seiner Nachbarschaft, doch über das Schicksal Armeniens kann nicht in Brüssel oder in Moskau entschieden werden, sondern allein in Jerewan.

Zur Person: Elmar Brok, MdEP, ist seit 2012 Vorsitzender des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten des Europäischen Parlaments. Dieses Amt hatte er 1999 bis 2007 ebenfalls inne.